

Vietnam: Technik-Giganten mitschuldig an Repressionen im industriellen Maßstab

- Facebook betreibt landesweit Zensur von Inhalten
- Vietnam inhaftiert eine Rekordzahl von Gefangenen aus Gewissensgründen - 40 % wegen ihrer Nutzung sozialer Medien hinter Gittern
- Staatlich geförderte Schikanen auf Facebook und YouTube

Die Technikgiganten Facebook und YouTube lassen sich zu Werkzeugen der Zensur und Schikanierung der vietnamesischen Behörden machen, ein alarmierendes Zeichen dafür, wie diese Unternehmen zunehmend in repressiven Ländern operieren könnten, wie ein neuer Bericht von Amnesty International heute enthüllt.

Der 78-seitige Bericht, "Lasst uns atmen! Zensur und Kriminalisierung der Online-Äußerungen in Vietnam" dokumentiert die systematische Unterdrückung der friedlichen Online-Äußerungen in Vietnam, einschließlich der weit verbreiteten "Geo-Blockierung" von als behördenkritisch eingestuften Inhalten, während Gruppen, die der Regierung nahestehen, auf diesen Plattformen ausgeklügelte Kampagnen durchführen, um alltägliche BenutzerInnen zum Schweigen zu bringen und zu verängstigen.

Der Bericht basiert auf Dutzenden von Interviews mit Menschenrechtsverteidigern und -aktivisten, darunter ehemalige politische Gefangene, Anwälte, Journalisten und Schriftsteller, sowie auf Informationen, die von Facebook und Google zur Verfügung gestellt wurden. Aus dem Bericht geht auch hervor, dass Vietnam derzeit 170 Gefangene aus Gewissensgründen festhält, von denen 69 allein wegen ihrer Aktivitäten in den sozialen Medien hinter Gittern sitzen. Dies stellt einen deutlichen Anstieg der Zahl der Gefangenen aus Gewissensgründen dar, gegenüber der von [Amnesty International im Jahr 2018 geschätzten Anzahl](#).

"Im letzten Jahrzehnt wuchs in Vietnam das Recht auf Meinungsfreiheit auf Facebook und YouTube. In jüngerer Zeit jedoch, begannen die Behörden, die friedliche Meinungsäußerung im Internet als eine existentielle Bedrohung für das Regime anzusehen", sagte Ming Yu Hah, stellvertretende Regionaldirektorin für Kampagnen bei Amnesty International.

"Heute sind diese Plattformen zu Jagdgründen für Zensoren, militärische Cybertruppen und staatlich geförderte Trolle geworden. Die Plattformen selbst lassen es nicht nur geschehen - sie machen sich zunehmend mitschuldig."

Im Jahr 2018 näherten sich die Einnahmen von Facebook aus Vietnam einer Milliarde US-Dollar - fast ein Drittel aller Einnahmen aus Südostasien. Google, das Eigentümer von YouTube ist, verdiente im selben Zeitraum 475 Millionen US-Dollar in Vietnam, hauptsächlich durch YouTube-Werbung. Die Höhe dieser Gewinne unterstreicht, wie wichtig es für Facebook und Google ist, den Marktzugang in Vietnam aufrechtzuerhalten.

"Facebook ist bei weitem die beliebteste und profitabelste Plattform in Vietnam. Unternehmen haben eine Verantwortung für die Achtung der Menschenrechte, wo immer sie in der Welt tätig sind, und Vietnam bildet da keine Ausnahme. Das Unternehmen könnte viel mehr tun, um gegen die abscheuliche Unterdrückung in Vietnam vorzugehen", sagte Ming Yu Hah. "Für Millionen vietnamesischer Netznutzer war Facebook die große Hoffnung, zum Aufbau einer freien und offenen Gesellschaft beizutragen - und es hat immer noch die Macht dazu", so Ming Yu Hah.

"Anstatt zu versuchen, diese Plattformen als Waffe zu benutzen, sollten die vietnamesischen Behörden aufhören, Menschen einfach dafür zu bestrafen, dass sie ihr Recht auf freie Meinungsäußerung ausüben. Jeder Mensch in Vietnam hat, unabhängig von seinen politischen Ansichten, das Recht, am öffentlichen Leben teilzunehmen - sowohl on- als auch offline.

Facebook und YouTube kommen dem vietnamesischen Druck zunehmend nach

Im April 2020 kündigte Facebook an, dass es zugestimmt habe, die Erfüllung der Forderungen der vietnamesischen Regierung, "staatsfeindliche" Beiträge zu zensieren, "deutlich zu erhöhen". Facebook rechtfertigte diesen Politikwechsel mit der Behauptung, dass die vietnamesischen Behörden den Zugang zur Plattform absichtlich verlangsamen würden, als Warnung für das Unternehmen.

Im letzten Monat enthüllte das Unternehmen im jüngsten Transparenzbericht ([Transparency Report](#)) von Facebook - seinem ersten, seit es seine Politik der verstärkten Befolgung der Zensurforderungen der vietnamesischen Behörden offenbart hat - eine 983%ige Zunahme der Inhaltsbeschränkungen auf der Grundlage lokaler Gesetze im Vergleich zum vorherigen Berichtszeitraum, von 77 auf 834.

In der Zwischenzeit wurde YouTube von der vietnamesischen Zensur immer wieder für seine relativ hohe Quote der Einhaltung von Zensurforderungen gelobt.

Staatliche Medien berichteten, dass Informationsminister Nguyen Manh Hung im Oktober sagte, dass die Einhaltung der Entfernung "schlechter Informationen, Propaganda gegen die Partei und den Staat" höher denn je sei, wobei Facebook und Google 95 % bzw. 90 % der Zensuranforderungen erfüllten.

Verschwindende Inhalte, weil Plattformen den repressiven Gesetzen nachgeben

Auf der Grundlage von Dutzenden von Zeugenaussagen und Beweisen zeigt der Bericht von Amnesty International, wie die zunehmende Zensur von Inhalten auf Facebook und YouTube in Vietnam in der Praxis funktioniert.

In einigen Fällen werden die Inhalte der Benutzer nach vage formulierten lokalen Gesetzen zensiert, darunter auch Straftaten wie "Missbrauch demokratischer Freiheiten" nach dem Strafgesetzbuch des Landes. Amnesty International betrachtet diese Gesetze als unvereinbar mit den Verpflichtungen Vietnams nach den internationalen Menschenrechtsgesetzen. Facebook "geoblockt" dann Inhalte, was bedeutet, dass sie für jeden, der in Vietnam auf die Plattform zugreift, unsichtbar werden.

Nguyen Van Trang, ein pro-demokratischer Aktivist, der jetzt in Thailand Asyl beantragt, sagte gegenüber Amnesty International, dass Facebook ihm im Mai 2020 mitgeteilt habe, dass einer seiner Beiträge aufgrund "lokaler rechtlicher Beschränkungen" eingeschränkt worden sei. Seitdem hat Facebook jeden Inhalt blockiert, den er zu posten versuchte und der die Namen von hochrangigen Mitgliedern der Kommunistischen Partei enthielt.

"Ich habe das Vertrauen in Facebook verloren, deshalb poste ich nicht mehr viel", sagte Nguyen Van Trang gegenüber Amnesty International. "Stellen Sie sich vor, Sie würden Jahre um Jahre damit verbringen, Ihr Facebook-Konto zu vergrößern und über Ihre Leidenschaften für die Demokratie zu posten und zu schreiben, aber dann löscht Facebook in einem einfachen Akt all die Arbeit, die Sie über die Jahre geleistet haben.

Nguyen Van Trang hat ähnliche Einschränkungen auf YouTube erfahren, das ihm aber, im Gegensatz zu Facebook, die Möglichkeit gab, gegen solche Einschränkungen Einspruch zu erheben. Einige Einsprüche hatten Erfolg, andere nicht, ohne dass YouTube eine Erklärung abgegeben hätte.

Inhalt ohne Benachrichtigung entfernt

Truong Chau Huu Danh ist ein bekannter freiberuflicher Journalist mit 150.000 Followern und einem verifizierten Facebook-Konto. Er sagte gegenüber Amnesty International, dass er zwischen dem 26. März und dem 8. Mai 2020 hunderte von Inhalten über ein Reis-Exportverbot und den Aufsehen

erregenden Fall der Todesstrafe für Ho Duy Hai gepostet habe. Im Juni stellte er fest, dass diese Beiträge alle ohne jegliche Benachrichtigung von Facebook verschwunden waren.

Amnesty International hörte ähnliche Berichte von anderen Facebook-Benutzern, insbesondere als sie versuchten, über einen [hochkarätigen Landstreit im Dorf Dong Tam](#) zu posten, der die Dorfbewohner gegen das vom Militär geführte Telekommunikationsunternehmen Viettel aufbrachte. Der Streit gipfelte im Januar 2020 in einer Konfrontation zwischen Dorfbewohnern und Sicherheitskräften, bei der der Dorfvorsteher und drei Polizisten getötet wurden.

Nachdem Facebook im April 2020 seine neue Politik bekannt gegeben hatte, berichteten die Landrechtsaktivisten Trinh Ba Phuong und Trinh Ba Tu, dass alle Inhalte, die sie über den Vorfall in Dong Tam ausgetauscht hatten, ohne ihr Wissen und ohne Benachrichtigung aus ihrer Timeline entfernt worden waren.

Am 24. Juni 2020 wurden die beiden verhaftet und gemäß Artikel 117 des Strafgesetzbuches wegen "Herstellung, Lagerung, Verteilung oder Verbreitung von Informationen, Dokumenten und Gegenständen gegen die Sozialistische Republik Vietnam" angeklagt, nachdem sie ausführlich über den Vorfall in Dong Tam berichtet hatten. Sie befinden sich derzeit in Haft. Ihre Facebook-Konten sind seit ihrer Verhaftung unter unbekanntem Umständen verschwunden. Amnesty International betrachtet sowohl Trinh Ba Phuong als auch Trinh Ba Tu als Gefangene aus Gewissensgründen.

Menschen wegen ihrer Nutzung sozialer Medien inhaftiert, schikaniert und angegriffen

Die Repressionskampagne der vietnamesischen Behörden führt häufig zur Schikaniierung, Einschüchterung, Strafverfolgung und Inhaftierung von Menschen wegen ihrer Nutzung sozialer Medien.

Gegenwärtig sind in Vietnam 170 Gefangene aus Gewissensgründen inhaftiert, die höchste Zahl, die Amnesty International je in diesem Land verzeichnet hat. Fast zwei von fünf (40%) wurden wegen ihrer friedlichen Aktivitäten in sozialen Medien inhaftiert.

Einundzwanzig der 27 im Jahr 2020 inhaftierten Gefangenen aus Gewissensgründen, das sind 78%, wurden wegen ihrer friedlichen Online-Aktivitäten gemäß Artikel 117 oder 331 des Strafgesetzbuches strafrechtlich verfolgt - denselben repressiven Bestimmungen, die häufig die Grundlage der von Facebook und YouTube umgesetzten "lokalen gesetzlichen Einschränkungen" bilden.

Zu den vermeintlichen "Verbrechen" dieser Personen gehören die friedliche Kritik an der COVID-19-Reaktion der Behörden auf Facebook und der Austausch unabhängiger Informationen über Menschenrechte im Internet.

"Für jeden Gefangenen aus Gewissensgründen hinter Gittern gibt es in Vietnam unzählige Menschen, die dieses Muster der Unterdrückung und Einschüchterung sehen und verständlicherweise Angst davor haben, ihre Meinung zu sagen", sagte Ming Yu Hah.

Amnesty International hat in den letzten Jahren Dutzende von Vorfällen dokumentiert, bei denen MenschenrechtsverteidigerInnen Botschaften zur Belästigung und Einschüchterung erhalten haben, darunter auch Todesdrohungen. Der systematische und organisierte Charakter dieser Schikaniierungskampagnen trägt durchweg die Handschrift staatlich geförderter Cybertruppen wie Du Luan Vien oder "Meinungsbildner der Öffentlichkeit" - Menschen, die von der Propagandaabteilung der Kommunistischen Partei Vietnams (CPV) rekrutiert und verwaltet werden, um online psychologische Kriegsführung zu betreiben.

Die Aktivitäten von Du Luan Vien werden durch die Aktivitäten der "Force 47" ergänzt, eines Cyberspace-Militärbataillons, das aus rund 10.000 staatlichen Sicherheitskräften besteht, deren Aufgabe es ist, "gegen falsche Ansichten und verzerrte Informationen im Internet zu kämpfen".

Während "Force 47" und Gruppen wie Du Luan Vien undurchsichtig operieren, sind sie dafür bekannt, dass sie sich an massenhaften Berichterstattungskampagnen beteiligen, die auf menschenrechtsbezogene Inhalte abzielen, was häufig zu deren Entfernung und zur Sperrung von Konten bei Facebook und YouTube führt.

Darüber hinaus dokumentierte die Untersuchung von Amnesty International mehrere Fälle, in denen Blogger und NutzerInnen sozialer Medien aufgrund ihrer Beiträge von der Polizei oder von Angreifern in Zivil physisch angegriffen wurden, die mit der offensichtlichen Duldung der staatlichen Behörden und praktisch ohne Rechenschaftspflicht für solche Verbrechen operieren.

Der Komplizenschaft ein Ende setzen

Die vietnamesischen Behörden müssen aufhören, die Meinungsfreiheit im Internet zu ersticken. Amnesty International fordert die sofortige und bedingungslose Freilassung aller Gefangenen aus Gewissensgründen in Vietnam sowie die Änderung der repressiven Gesetze, die der Meinungsfreiheit einen Maulkorb anlegen.

Unternehmen - einschließlich Facebook und Google - haben die Verantwortung, alle Menschenrechte zu respektieren, wo immer sie tätig sind. Sie sollten das Recht auf freie Meinungsäußerung bei ihren Entscheidungen hinsichtlich der inhaltlichen Moderation weltweit respektieren, unabhängig von lokalen Gesetzen, die der Meinungsfreiheit einen Maulkorb verpassen. Technologiegiganten sollten auch ihre Richtlinien zur Moderation von Inhalten überarbeiten, um sicherzustellen, dass ihre Entscheidungen mit internationalen Menschenrechtsstandards übereinstimmen.

Im Oktober 2020 rief Facebook ein globales Aufsichtsgremium ins Leben, das als der unabhängige "[Oberste Gerichtshof](#)" des Unternehmens und seine Lösung für die menschenrechtlichen Herausforderungen, die sich aus der Moderation von Inhalten ergeben, vorgestellt wurde. Aus dem Bericht von Amnesty International geht jedoch hervor, dass die Satzung des Gremiums es daran hindert, die Zensurmaßnahmen des Unternehmens, die es gemäß den lokalen Gesetzen in Ländern wie Vietnam durchgeführt hat, zu überprüfen.

"Es wird immer offensichtlicher, dass das Aufsichtsgremium nicht in der Lage ist, die Menschenrechtsprobleme von Facebook zu lösen. Facebook sollte den Aufgabenbereich des Aufsichtsgremiums erweitern, um Entscheidungen der Moderation von Inhalten gemäß den lokalen Gesetzen, einzubeziehen; andernfalls wird das Gremium - und Facebook - erneut bei Facebook-Nutzern versagt haben", sagte Ming Yu Hah.

"Weit weg von der Public-Relations-Fanfare werden in Vietnam unzählige Menschen zum Schweigen gebracht, die es wagen, ihre Meinung zu sagen. Der durch diese Komplizenschaft geschaffene Präzedenzfall ist ein schwerer Schlag für die Meinungsfreiheit auf der ganzen Welt".

Öffentliches Dokument

.....

Für weitere Informationen oder um ein Interview zu vereinbaren, rufen Sie bitte an:

Elliott Fox

Regional Media Manager – Southeast Asia & the Pacific Mob / Whatsapp: +66 (0) 94 132 2870

email: elliott.fox@amnesty.org twitter: [@ejfox](https://twitter.com/ejfox)

or Amnesty International's press office in London, UK, on:
+44 20 7413 5566 or email: press@amnesty.org twitter: @amnestypress International Secretariat,
Amnesty International, 1 Easton St., London WC1X 0DW, UK

Übersetzung: Vietnam Koordinationsgruppe